

18. XI. 1914.

(Die Zinszahlung aus den Unterhaltsbeiträgen.) In der letzten Vorstandssitzung des Hausbesitzervereines für den 17. Bezirk, die unter Vorsitz des Obmannes Baurat Josef Grünbeck stattfand, berichtete Bezirksvorsteher Kretschel über die schwere Schädigung der Hausbesitzer, die sich daraus ergebe, daß Parteien, welche Unterhaltsbeiträge erhalten, nicht dazu verhalten werden, den schuldigen Wohnungszins aus dem Unterhaltsbeitrag zu tilgen, beziehungsweise diesen Zinsbetrag bei der auszahlenden Kasse zurückzulassen. Redner bemerkte, daß er wohl bei ihm bekanntgewordenen Fällen meist mit Erfolg interveniert habe, daß jedoch in dieser Sache durch behördliche Bestimmung im Interesse der Hausbesitzerschaft sowohl als auch des Staates Wandel geschaffen werden müsse, da ja der Staat infolge Zinsverlustes auch eine bedeutende Einbuße an Steuern zu erleiden habe. — Im Laufe der Sitzung beantragte Baurat Grünbeck für den Kriegsjürafonds eine Spende von 500 K. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und der Kassier angewiesen, diesen Betrag dem Bezirksvorsteher Kretschel als Spende des Hausbesitzervereines für den 17. Bezirk abzuführen.